

Begrüßung/Eröffnung von Michael Kleber

Kundgebung in Braunschweig

am 8. September 2010

Bertolt Brecht

„Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe MitstreiterInnen, zeigt hier und heute eure Kampfbereitschaft gegen das unsoziale Sparpaket der Bundesregierung. Für die gewerkschaftlichen Herbstaktionen ist das ein Auftakt nach Maß, seid herzlich willkommen.

Vielen Dank an die attac-Trommlergruppe sowie an den DGB-Kulturarbeitskreis Braunschweig für den musikalischen Start.

Ich begrüße ganz herzlich hier auf der Bühne Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di und Uwe Fritsch, BR-Vorsitzender VW-Werk BS.

Ich begrüße die Beschäftigten beider BS VW-Werke, die VW-Werker aus Wolfsburg – Danke für eure Solidarität.

Ich begrüße die Kolleginnen und Kollegen aus den BS Verwaltungen, Dienststellen, aus zahlreichen anderen Betrieben und Einrichtungen unserer Region.

Ich begrüße die Beschäftigten von Wohlfahrtsverbänden, zum Beispiel der AWO, die SchülerInnen und Studierenden des BS Bildungsbündnisses, die zahlreichen Rentnerinnen und Rentner.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Amnesty International sammelt heute Unterschriften für die Freilassung von politischen Gefangenen in Laos. Ihr „Verbrechen“: sie haben für mehr Demokratie im Land plakatiert. Die Gruppe von AI hat die Möglichkeit, im Herbst den laotischen Botschafter in Berlin zu treffen und eine Unterschriftenliste zu übergeben.

Bitte helft mit, dass es viele Unterschriften werden.

Kämpfen ist angesagt, nicht den Kopf in den Sand stecken. Die Demonstration hierher und diese Kundgebung sind ein klares Zeichen für soziale Gerechtigkeit und gegen die Schiefelage in diesem Land.

Es ist eine Schande, dass im reichen Deutschland auf der einen Seite fast täglich neue Suppenküchen, Aufwärmstuben und Tafeln entstehen und auf der anderen Seite ein milliardenschwerer Krieg in Afghanistan finanziert wird, der nicht zu gewinnen ist.

Gerecht geht anders!

Das Sparpaket der Bundesregierung streicht den Arbeitslosen die Rentenbeiträge, Elterngeld und Heizkostenzuschüsse. Auf der anderen Seite finanziert die Bundesregierung marode Banken mit Steuermillionen.

Gerecht geht anders!

Den Kommunen brechen die Einnahmen weg. Die öffentliche Daseinvorsorge ist in Gefahr. Elternbeiträge für Kitas, Eintrittspreise für Schwimmbäder und Kulturveranstaltungen steigen. Auf der anderen Seite gibt es Steuergeschenke für die Atomlobby.

Gerecht geht anders!

Die Energiekonzerne machen mit der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke einen Reibach und unsere Region soll das Brennstäbeklo der Republik werden. Die sogenannte „Brückentechnologie“ wird als Revolution gefeiert. Revolution geht anders!

Für mich ist eine Revolution, wenn wir mit unseren Protesten den Rücktritt der Bundesregierung erzwingen.

Wir fordern ein Energiekonzept, dass auf Energieeffizienz setzt, statt auf Laufzeitverlängerung. Die im Sparpaket angekündigte Milliarden-Kürzung bei der energetischen Gebäudesanierung muss zurück genommen werden.

Auch in Niedersachsen wird gespart. An der Polizei. Beförderungsperspektiven für 14.000 Polizistinnen und Polizisten sollen entfallen. Liebe KollegInnen von der GdP, wir sind an eurer Seite. Kämpft weiter für eine Wertschätzung polizeilicher Sacharbeit.

Auch im Bildungsbereich hakt es. Nicht überall gibt es genügend Lehrpersonal. Die Ausstattung so mancher Schule und Hochschule lässt zu wünschen übrig. Wer hier spart, verbaut der jungen Generation die Zukunft.

Wir unterstützen das Bildungsbündnis Braunschweig, in dem sich SchülerInnen und Studierende engagieren, bei ihrem Kampf für gleiche Bildungschancen und gute Lern- und Lehrbedingungen.

Dieses Engagement tausender Jugendlicher widerlegt übrigens die Aussagen so mancher Wirtschaftsfunktionäre von unmotivierten, faulen und lernschwachen Jugendlichen.

Wir fordern: alle jungen Menschen müssen ein Recht auf Ausbildungs- und Beschäftigungschancen haben. Eine „Generation Praktikum“ darf es nicht länger geben.

Wie sieht denn die Realität vieler jungen Menschen nach Lehre und Studium aus? Teilzeitjobs. Befristete Verträge. Leiharbeit – so weit das Auge sehen kann. Kein Wunder, wenn die Familienplanung auf der Strecke bleibt.

Nicht nur deswegen fordern wir: Stoppt die Auswüchse der Leiharbeit!
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Nicht länger als 12 Monate – danach Übernahme in die Stammbeslegschaft. Ohne wenn und aber!

Viele Rentnerinnen und Rentner sind heute unter uns. Zusatzbeiträge der Krankenkassen und Zuzahlungen bei Medikamenten treffen sie besonders hart. Sie, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, sollen jetzt Rentenkürzungen klaglos hinnehmen. Der Bundesregierung wird das Rentensystem zu teuer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich sage hier ganz deutlich: Die Rente mit 67 muss weg!

Das ist ein Programm zur Rentenkürzung und Altersarmut.

Ich glaube auch, dass in das Rentensystem mehr Geld gehört. Aber nicht mit „Schuffen bis zum Tod“.

Wer „1-Euro-Jobs“, prekäre Beschäftigung und Dumpinglöhne fördert, muss sich nicht wundern, dass unsere Sozialsysteme ausgelaugt sind.

Wir Gewerkschaften fordern daher „Gute Arbeit“. Das sind für uns nachhaltige Arbeitsplätze ohne Befristungen, mit tariflicher Bezahlung und guter Mitbestimmung.

Apropos höhere Tariflöhne. Dies fordern jetzt sogar Frau Merkel und Frau von der Leyen.

Hallo! Da haben doch unsere Proteste schon eine ganze Menge bewirkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

trotzdem fordere ich: Die neoliberalen Empfehlungen nach mehr Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gehören in den Mülleimer der Geschichte.

Wenn wir schon beim Mülleimer sind.

Dort hinein gehören auch die Empfehlungen zur Privatisierung des Gesundheitssystems, zur Deregulierung der Finanzmärkte, zum weiteren Sozialabbau.

Wer hat uns denn in die Krise geritten? Das war die neoliberale Weltanschauung mit ihrem ungezügelten Finanzkapitalismus.

In der Krise kam der Ruf nach der Staatsrettung. Der Staat sollte helfen und er hat geholfen. Mit Steuermilliarden, die die FDP abschaffen wollte und nach wie vor will.

Das passt nicht zusammen. So kann man die Menschen nicht für dumm verkaufen, Herr Westerwelle.

Die Verursacher der Krise sollen endlich zahlen! Höhere Steuern für Millionäre – und zwar bezahlen, nicht absetzen.

Die Gewerkschaften haben in der Krise Verantwortung bewiesen. Maßvolle Tarifabschlüsse, betriebliche Sonderregelungen, Unterstützung der Kurzarbeit und und und.

Der Export boomt, die Binnennachfrage stottert.

Warum? Weil die meisten von uns den schmalen Geldbeutel zuhalten.

Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihren Forderungen nach mehr Lohn und Gehalt. Jetzt höhere Tarifforderungen!

Die Gewinne, die gemacht werden, müssen denen zugute kommen, die sie erarbeitet haben.

Lieb Kolleginnen und Kollegen,

Gesundheit ist das wichtigste für jeden von uns.

Doch die Bundesregierung ist dabei, dass noch solidarische Gesundheitssystem einzuschränken – abzuschaffen?

Wenn Herr Rösler Köpfchen hätte, würde er seine Kopfpauschale sein lassen.

Sie ist der Einstieg in ein einseitig finanziertes Gesundheitswesen.

Offenbar haben Lobbyisten einen kürzeren Draht zur Bundesregierung als wir BürgerInnen.

Wir Gewerkschaften fordern eine solidarische Bürgerversicherung.
Alle zahlen ein. Alle bleiben gesund. Das ist Solidarität, wie wir sie verstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ein abschließendes Wort zur Demokratie.

Demokratie und Rechtsextremismus passen nicht zusammen.

Am 4. Juni 2011 wollen Neonazis durch Braunschweig marschieren und ihre Hassparolen skandieren.

Wir Gewerkschaften wollen nicht, dass die Nazis auch nur einen Schritt durch unsere weltoffene Stadt marschieren!

Ich rufe euch und alle demokratischen Bürger, Vereine, Verbände, Verwaltung, Kirchen und Arbeitgeber auf, sich an friedlichen Blockaden, Aktionen und Protesten zu beteiligen.

Wir müssen zusammen stehen und handeln!

Das Klein-Klein einzelner Gruppen ist Vergangenheit.

Lasst uns das Gemeinsame betonen – gegen Nazis protestieren – und ab sofort gute Aktionen vorbereiten.

Bertolt Brecht sagte auch:

„Wer A sagt, muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.“

Liebe Bundesregierung, sehen sie ein, dass A – das Sparpaket – falsch war. Nehmen sie es zurück.

Handeln sie für die Menschen und nicht gegen sie.

Dank für eure Aufmerksamkeit.

Jetzt kommt Uwe Fritsch, BR-Vorsitzender des VW-Werkes Braunschweig.

Danach spricht Frank Bsirske zu uns.